

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung

des Ortsbeirates Rheingönheim

von Ludwigshafen am Rhein

Sitzungstermin:	Mittwoch, den 19.07.2023
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	20:40 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungszimmer des Gemeindehauses Rheingönheim, Hauptstraße 210

Anwesend waren:

Ortsvorsteher

Wilhelm Wißmann

SPD-Ortsbeiratsfraktion

Julia Caterina May

Peter Niedhammer

Thomas Engeroff

CDU-Ortsbeiratsfraktion

Joachim Zell

Dr. Werner Janjic

FDP-Ortsbeiratsmitglied

Dr. Thomas Schell

Schriftführer/in

Martina Majorosi

Entschuldigt fehlten:

Grüne-Ortsbeiratsmitglied

Dr. Mathias Weickert

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Bericht Ortsvorsteher
3. Antrag des Ortsvorstehers
Absenkung der Gehwege Ecke Hauptstraße / Meckenheimerstraße
Vorlage: 20236664
4. Antrag der sozialliberalen Fraktion im Ortsbeirat
Sachstand Trassenführung der DB über Rheingönheimer Gemarkung
Vorlage: 20236689
- 4.1. Anfrage der Fraktionsgemeinschaft CDU und B'90/die Grünen im Ortsbeirat
Schwerlasttrasse Deutsche Bahn
Vorlage: 20236681
5. Antrag der sozialliberalen Fraktion im Ortsbeirat
Toilettenanlage an der Endhaltestelle
Vorlage: 20236613
- 5.1. Anfrage der Fraktionsgemeinschaft CDU und B'90/die Grünen im Ortsbeirat
Sachstand Errichtung einer öffentlichen Toilette an der Endhaltestelle Linie 6 in Rheingönheim
Vorlage: 20236670
6. Antrag der Fraktionsgemeinschaft CDU und B'90/die Grünen im Ortsbeirat
Rad- und Fußweg an der Neuhöfer Straße
Vorlage: 20236667
7. Antrag der sozialliberalen Fraktion im Ortsbeirat
Kreuzungssituation Fachmarktzentrum Claudius – Antrag zum Ortstermin
Vorlage: 20236616
8. Antrag der Fraktionsgemeinschaft CDU und B'90/die Grünen im Ortsbeirat
Bürgerservice in Rheingönheim
Vorlage: 20236669
9. Antrag der sozialliberalen Fraktion im Ortsbeirat
Errichtung einer Photovoltaikanlage Gemarkung Rheingönheim
Vorlage: 20236690
10. Anfrage der Fraktionsgemeinschaft CDU und B'90/die Grünen im Ortsbeirat
Entschärfung des Verkehrschaos im Bring- und Holverkehr an der Mozartschule
Vorlage: 20236671
11. Anfrage der sozialliberalen Fraktion im Ortsbeirat

Genehmigungsstand Deponie 2 in Rheingönheim
Vorlage: 20236615

12. Anfrage der Fraktionsgemeinschaft CDU und B'90/die Grünen im Ortsbeirat
Unzureichende Reinhaltung der Entwässerungsgräben
Vorlage: 20236672
13. Anfrage der sozialliberalen Fraktion im Ortsbeirat
Zustand Vegetation Radweg an der K7
Vorlage: 20236614
14. Anfrage der Fraktionsgemeinschaft CDU und B'90/die Grünen
Denkmalschutzbegehung des Ortes
Vorlage: 20236668
15. Antrag der Fraktionsgemeinschaft von CDU und Bündnis 90 / die Grünen im Ortsbeirat
zur Schaffung einer nachhaltigen und energieeffizienten Kleingartenanlage
Vorlage: 20236723

Die Einladung erfolgte ordnungsgemäß; der Ortsbeirat Rheingönheim war beschlussfähig.

Herr Ortsvorsteher Wißmann eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Teilnehmer.
Für die heutige Sitzung hat sich Herr Dr. Weickert (Die Grünen) entschuldigt.

Protokoll:

zu 1 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Fragen von Einwohnern vor.

zu 2 Bericht Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Wißmann berichtet, dass die Bebauung des TV-Platzes auf den Weg gebracht wurde. Ein erstes Treffen mit möglichen Investoren hat stattgefunden. Diese müssen nun bis Ende Juli ihre Vorschläge unterbreiten, wie sie die Vorgaben des Ortsbeirates umsetzen wollen. Danach gibt es noch 2 bis 3 weitere Versammlungen.

Auf der Bezirkssportanlage wird gearbeitet, auch wenn zum Baustart die Deponie plötzlich kein Erdmaterial von der Bezirkssportanlage angenommen hat und hier umgeplant werden musste. Eine Kostenerhöhung soll dadurch nicht anfallen.

Auf dem P + R-Parkplatz am Bahnhof wurde eine E-Ladestation installiert. Es sollten auch noch auf dem Parkplatz bei Görtz welche installiert werden, dort gibt es aber anscheinend Probleme mit der Stromversorgung durch die TWL. Der Standort Friedensstraße ist zumindest für den Moment weggefallen. Auch das Thema Carsharing wird zurzeit nicht weiterverfolgt.

Zum Vorgang Glasfaserverlegung gab es eine Sitzung beim Baudezernat. Herr Niedhammer (SPD) hat den Ortsvorsteher dort vertreten und kann im Anschluss einen kurzen Bericht über den Stand der Dinge geben. Ein Schreiben, welches an alle Rheingönheimer Haushalte versendet werden soll, liegt allen Ortsbeiratsmitgliedern vor. Am 05.09.23 findet in Maudach im Julius-Hetterich-Saal eine Versammlung zum Thema statt und am 06.09.23 in Rheingönheim in der Turnhalle des TV Rheingönheim. Dort wird das geplante Vorgehen vorgestellt.

In der Hauptstraße ist das Klappern des Straßenpflasters bis in die Häuser zu hören. Der Pflasterbelag ist lose. Hier muss etwas geschehen. Wenn alle Ortsbeiratsmitglieder damit einverstanden sind, dann wird der Ortsvorsteher im Namen des Ortsbeirates zur nächsten Sitzung einen gemeinsamen Antrag stellen, damit dieser Abschnitt der Hauptstraße ins Ausbauprogramm aufgenommen wird.

In der Zwischenzeit (dies kann Jahre dauern) kann der Straßenunterhalt versuchen die Fugen mit Sand zu verfüllen. Vielleicht hilft dies vorübergehend.

Am 18.08.2023, ab 8.00 Uhr, findet in Rheingönheim eine Begehung zum Thema Hochwasserschutz und Starkregen durch den Bereich Umwelt statt. Treffpunkt ist im Gemeindehaus. Dort erfolgt zunächst eine Vorstellung des Projekts und anschließend eine Begehung durch die Gemarkung. Wer möchte, kann gerne daran teilnehmen.

Das Gemeindehaus soll laut Auskunft des Gebäudemanagements jetzt doch bald saniert werden. Zunächst geht es nur um die Außenhülle (Dach, Wand, Keller), weil diese Arbeiten schon geplant und zum Teil beauftragt waren.

Die Innensanierung, einschließlich barrierefreier Zugang über einen Aufzug, soll im Rahmen des Konzeptes „Rheingönheim als Sanierungsgebiet“ ausgeführt werden.

Ein Wechsel des Ortsvorsteherbüros nach unten und JUZ nach oben stellt keine gute Option dar.

Herr Niedhammer fasst kurz zusammen, was bei dem Gespräch mit der Deutschen Glasfaser im Baudezernat besprochen wurde:

Die Deutsche Glasfaser hat sich die Ortsteile Rheingönheim, Maudach und Gartenstadt gesichert.

Es werden in Kürze Vertreter der Deutschen Glasfaser die Haushalte aufsuchen und sich um Vertragsabschlüsse bemühen. Der Vertrag beinhaltet eine Kabelverlegung von der Straße ins Haus und kostet 750,00 Euro. Hierzu kommt noch ein 2-Jahresvertrag mit 29,00 Euro monatlicher Gebühr. Es besteht die Möglichkeit sich den Anschluss bis in den Vorgarten legen zu lassen ohne weitere Kosten, damit bei einer späteren Entscheidung das Kabel bereits liegt.

Herr Niedhammer hat dringend um einen ehrlichen Umgang der Vertreter mit den Bürgern gebeten. Das normale Kupferkabel bleibt weiterhin bestehen. Aus anderen Gemeinden hat er gehört, dass mit Drohungen gearbeitet wurde, wenn man sich nicht für Glasfaser entscheidet, dann hat man bald kein Internet mehr. So soll es in Rheingönheim auf keinen Fall laufen.

Die Straße wird ca. 40 cm tief aufgedigelt zur Verlegung des Kabels und wenn möglich am gleichen Tag auch wieder verschlossen.

Sollten keine 33 % der Bürger in Rheingönheim sich für Glasfaser entscheiden, dann wird das Projekt nicht durchgeführt. Bereits abgeschlossene Verträge werden dann nichtig.

Herr Zell (CDU) weist auf das negative Image der Deutschen Glasfaser hin. Er kann nicht befürworten, dass hier auch noch eine Empfehlung dafür ausgesprochen werden soll.

Herr Engeroff (SPD) teilt diese Meinung und findet, dass der Ortsbeirat sich nicht vor den Karren einer privatwirtschaftlichen Firma spannen lassen soll.

Herr Ortsvorsteher Wißmann wird Frau Wörishofer informieren, dass er das Schreiben an die Bürger nicht mitunterschreiben wird.

zu 3 Antrag des Ortsvorstehers Absenkung der Gehwege Ecke Hauptstraße / Meckenheimerstraße

Der Ortsvorsteher hat beantragt, dass in Höhe der Glascontainer an der Ecke Hauptstraße/Meckenheimer Straße eine Absenkung der Gehwege erfolgen soll.

Begründung:

Der Gehweg entlang der Hauptstraße zum Friedhof wird von vielen älteren Bürgerinnen und Bürgern benutzt um zum Friedhof zu gelangen. Nun sind dort die Gehwege nicht abgesenkt und die Nutzer des Weges, die mit Rollatoren, Rollstühlen - aber auch mit Kinderwägen – unterwegs sind, weichen auf die Straße aus von dem abgesenkten Bereich an der Zufahrt zum Parkplatz an den Containern.

Ich sehe hier ein sehr großes Gefahrenpotential, wenn Fahrzeuge von der Meckenheimer Straße in die Hauptstraße abbiegen.

Schon mehrfach war diese Absenkung im Ortsbeirat Thema, bis jetzt hat sich leider nichts getan und es sollte doch möglich sein eine Gefahrenquelle zu entschärfen bevor tatsächlich mal ein Unfall passiert.

Der Bereich Tiefbau hat hierzu folgende Stellungnahme abgegeben:

„Die beantragte Bordsteinabsenkung im Einmündungsbereich Hauptstraße/Meckenheimer Straße im Bereich der Glascontainer ist Teil des aktuellen Arbeitsprogramms im Straßenunterhalt und soll dementsprechend in 2023 ausgeführt werden.“

**zu 4 Antrag der sozialliberalen Fraktion im Ortsbeirat
Sachstand Trassenführung der DB über Rheingönheimer Gemarkung**

Herr Ortsvorsteher Wißmann stellt den Tagesordnungspunkt vor. Hierzu gab es einen Antrag der sozialliberalen Fraktion (TOP 4) und eine Anfrage der Fraktionsgemeinschaft der CDU und Bündnis 90/die Grünen (TOP 4.1), welche hier gemeinsam behandelt werden.

Antrag sozialliberale Fraktion:

Die sozialliberale Ortsbeiratsfraktion hat durch eigene Bemühungen erfahren, dass die DB eine neue zweigleisige Schnellbahntrasse für Güterverkehr über die Gemarkung Rheingönheim plant.

Warum wurde der Ortsbeirat seitens der Verwaltung nicht über die vorgesehene Maßnahme in Kenntnis gesetzt? Über Dritte müssen wir erfahren, dass unsere Gemarkung durch eine vergrößerte Schienentrasse belastet wird. Das ist mit einer rechtzeitigen Informationspflicht der zuständigen Gremien nicht vereinbar, es werden Fakten geschaffen, ohne dass die politischen Vertreter vor Ort gehört werden.

Dass wir nicht rechtzeitig informiert werden, hat unserer Meinung nach System. Das ist so nicht hinnehmbar und wir protestieren gegen diese Behandlung der politischen Gremien in Rheingönheim.

Deshalb wollen wir von der Verwaltung folgende Fragen beantwortet haben:

1. Liegen der Verwaltung Unterlagen/ Pläne zu der obengenannten Angelegenheit vor?
2. Seit wann liegen die Unterlagen der Verwaltung vor?
3. Mit welchem Zeitrahmen bis zur Umsetzung ist zu rechnen?
4. Wie sieht die Verwaltung die Verwirklichung und Wichtigkeit des Vorhabens?
5. Inwieweit besteht durch den Neubau/der Erüchtigung der Strecke weiterer Flächenbedarf?

Wir erwarten von der Verwaltung eine belastbare Information zum Stand/Ergebnis der Gespräche mit der DB und anderen Gemeinden und fordern eine in Zukunft zügigere Informationsübermittlung zum Thema.

Anfrage Fraktionsgemeinschaft der CDU und Bündnis 90/die Grünen:

Bürgerinnen und Bürger Rheingönheims erfuhren aus den Medien, dass die Deutsche Bahn eine sogenannte Schwerlasttrasse bauen möchte. Diese Trasse würde somit auch Rheingönheim tangieren.

Deshalb fragen wir an, welche Kenntnisse die Stadtverwaltung von der von der Deutschen Bahn angedachten Schwerlasttrasse hat und wie weit die Planungen bereits vorangeschritten sind?

Ebenso bitten wir die Verwaltung um frühzeitige Einbindung des Ortsbeirates und um dortige Offenlegung der Fakten.

Leider liegt hierzu keine Stellungnahme der Stadtverwaltung vor.

Herr Engeroff (SPD) findet dies sehr bedauerlich, da bekannt wurde, dass die Stadtverwaltung bereits seit 2021 über das Vorhaben der Bahn informiert ist und weder den Stadtrat noch den Ortsbeirat hierzu informiert hat.

Herr Ortsvorsteher Wißmann verweist auf die Bürgerinitiative Limburgerhof, welche ihn zu einer Infoveranstaltung eingeladen hat. Sonst hätte er davon nichts erfahren. Er hat zusammen mit Herrn Niedhammer (SPD) daran teilgenommen.

Es entsteht eine Diskussion und am Schluss sind sich die Ortsbeiratsmitglieder einig, dass hier wieder keine Information durch die Stadtverwaltung stattgefunden hat. Es wird dringend um eine Stellungnahme gebeten, spätestens bis zur nächsten Ortsbeiratssitzung.

zu 4.1 Anfrage der Fraktionsgemeinschaft CDU und B'90/die Grünen im Ortsbeirat Schwerlasttrasse Deutsche Bahn

Wurde zusammen mit TOP 4 behandelt.

zu 5 Antrag der sozialliberalen Fraktion im Ortsbeirat Toilettenanlage an der Endhaltestelle

Herr Ortsvorsteher Wißmann stellt den Tagesordnungspunkt vor. Hierzu gab es einen Antrag der sozialliberalen Fraktion (TOP 5) und eine Anfrage der Fraktionsgemeinschaft der CDU und Bündnis 90/die Grünen (TOP 5.1), welche hier gemeinsam behandelt werden.

Antrag sozialliberale Fraktion:

Die Straßenbahndendstelle in Rheingönheim wird täglich nicht nur von Bürgern aus dem Stadtteil, sondern auch von Personen genutzt, die in das Umland umsteigen. Wie schon in der Vergangenheit festgestellt, existiert keine Toilettenanlage für die Öffentlichkeit an dieser Stelle. Ein Umbau der für das rnv-Personal bestimmte Häuschen ist wohl nicht möglich.

Die Fraktion möchte sich mit dieser Aussage nicht zufriedengeben. In den letzten Wochen mussten wir feststellen, dass z. B. im Luitpoldhain Menschen im Gebüsch ihre Notdurft verrichten. Dies ist einerseits aus hygienischen Gesichtspunkten nicht hinzunehmen, andererseits ist es auch für die betroffenen Personen mehr als peinlich, „sich ins Gebüsch schlagen

zu müssen“. Es ist vielmehr aus unserer Sicht die Pflicht der Verwaltung an frequentierten öffentlichen Plätzen die nötigen sanitären Einrichtungen zu schaffen.

Als Platz dafür schlagen wir die Fläche links oder rechts vom Weg neben der Straßenbahn vor. Wir beantragen somit die Projektierung und baldmöglichste Umsetzung.

Anfrage Fraktionsgemeinschaft der CDU und Bündnis 90/die Grünen:

Aufgrund der Anfrage der CDU Ortsbeiratsfraktion Rheingönheim vom 06. November 2019 haben wir damals von der Stadtverwaltung die Antwort erhalten, dass zu Beginn 2023 mit einer Entscheidung über zusätzliche Kontingente für Toilettenanlagen zu rechnen ist und der Berücksichtigung der Endhaltestelle Rheingönheim für eine ebensolche.

Wir sehen aufgrund eines Fahrgastaufkommens von mehr als 3 000 Personen je Tag diese als dringend angebracht. Insbesondere halten wir es für untragbar, dass aufgrund des nicht Vorhandenseins einer Toilette, Menschen ihre Notdurft in den angrenzenden Büschen verrichten müssen.

Aus diesem Grund bitten wir um einen Sachstandsbericht und fordern erneut die Errichtung einer öffentlichen Toilette.

Leider liegt hierzu keine Stellungnahme der Verwaltung vor.

Die Ortsbeiratsmitglieder finden dies sehr bedauerlich und erwarten für die nächste Ortsbeiratssitzung eine vernünftige Stellungnahme und nicht die gleiche wie in 2019.

zu 5.1 Anfrage der Fraktionsgemeinschaft CDU und B´90/die Grünen im Ortsbeirat Sachstand Errichtung einer öffentlichen Toilette an der Endhaltestelle Linie 6 in Rheingönheim

Wurde unter TOP 5 behandelt.

zu 6 Antrag der Fraktionsgemeinschaft CDU und B´90/die Grünen im Ortsbeirat Rad- und Fußweg an der Neuhöfer Straße

Herr Ortsvorsteher Wißmann stellt den Tagesordnungspunkt vor:

Mit diesem Antrag möchten wir ein für unsere Bürgerinnen und Bürger wichtiges Anliegen besprechen, das sowohl die Gesundheit unserer Gemeindemitglieder als auch die Umwelt betrifft.

Der Rad- und Fußweg entlang der Neuhöfer Straße, der ein beliebter Zugangsweg zu unserem örtlichen Wildpark ist, ist insbesondere während der heißen Sommermonate eine Herausforderung. Der Mangel an natürlichem Schatten und die starke Hitze, die vom Weg reflek-

tiert wird, stellen eine gesundheitliche Bedrohung dar, insbesondere für unsere Kinder und älteren Mitbürger, die anfälliger für hitzebedingte Krankheiten wie Dehydrierung und Hitzschlag sind.

Unser Vorschlag ist, ein Allee von Bäumen entlang dieses Weges auf städtischem Boden zu pflanzen. Diese würden wertvollen Schatten spenden und die Nutzbarkeit des Weges auch während der wärmsten Tage des Jahres gewährleisten. Darüber hinaus würden sie die Ästhetik des Weges zum Wildpark verbessern und eine angenehme Atmosphäre schaffen, die zum ruhigen und erfreulichen Erlebnis der Natur beiträgt.

Bäume leisten jedoch noch mehr: Sie absorbieren Kohlendioxid, produzieren Sauerstoff und helfen, die Umgebungstemperatur zu senken. Dies kann zur Verbesserung des lokalen Klimas und zur Minderung der Auswirkungen der globalen Erwärmung beitragen.

Das Pflanzen von Bäumen entlang der Neuhöfer Straße ist daher mehr als nur eine Verschönerungsmaßnahme. Es ist eine Investition in die Gesundheit unserer Gemeindemitglieder, in die Attraktivität unseres geliebten Wildparks und in den Umweltschutz.

Wir bitten Sie, diesen Antrag zu prüfen und hoffen auf eine positive Antwort und Zusammenarbeit bei diesem wichtigen Projekt.

Es liegt eine Stellungnahme vom Bereich Tiefbau vor:

„Der außerhalb der Bebauung liegende Teil der Neuhöfer Straße, der als L 534 bezeichnet wird, befindet sich in der Zuständigkeit des Landes. Bereits im vergangenen Jahr hatte sich Herr Baudezernent Thewalt in einem Schreiben an den Landesbetrieb Mobilität (LBM) gewandt und um die Nachpflanzung von Alleebäumen an der L 534 gebeten. Wir werden diesen Antrag zum Anlass nehmen, um dieses Thema nochmals an den LBM heranzutragen.“

Die Antwort geht leider an der Frage vorbei. Die Bäume sollen nicht direkt an der Straße, sondern seitlich neben dem Radweg auf städtischem Gelände angepflanzt werden. Dies sind landwirtschaftliche Flächen. In diesem Fall müsste mit den Landwirten verhandelt werden. Die noch zu ergänzenden Bäume, welche an der Allee fehlen, würden keinen Schatten bringen. Dies wurde vom Ortsvorsteher auch mit dem Dezernenten so besprochen.

Herr Zell (CDU) bittet um Aufnahme ins Protokoll, dass auf den Anfragen und Anträgen immer eine Telefonnummer steht. Bei Unsicherheiten können die Mitarbeiter/innen der Stadtverwaltung doch anrufen. Die Ortsbeiratsmitglieder sind immer erreichbar und ihre Kontaktdaten liegen vor.

Die Ortsbeiratsmitglieder geben diese Stellungnahme zurück an den Absender Bereich Tiefbau mit der Bitte um neue Beantwortung.

**zu 7 Antrag der sozialliberalen Fraktion im Ortsbeirat
Kreuzungssituation Fachmarktzentrum Claudius – Antrag zum Ortstermin**

Herr Engeroff (SPD) liest den Antrag vor:

Das Fachmarktzentrum Claudius (d.h. Futterhaus, Rewe, DM, KIK, Schuhcenter Siemes, FitBase) wird von der Bevölkerung Rheingönheims, der Gartenstadt und des Umlands gut angenommen, die bereitgestellten Parkplätze sind meist gut belegt. Weiterhin kommen viele Mitbürger mit dem Bus (Linie 75) zum Einkaufen.

Obwohl (oder trotz) der Verlegung der Bushaltestelle kommt es oft zu kritischen Situationen bei der Einfahrt zum Zentrum. Vom Wöllnerkreisel kommende Fahrzeuge sind zu schnell und sehen Fußgänger schlecht, die die Fahrbahn überqueren wollen. Ebenso verhält es sich mit Fahrradfahrern auf dem Radweg (verläuft rechtsseitig in Richtung Gartenstadt): die Aus- und Einfahrt zum Zentrum ist unübersichtlich, Fahrzeuge müssen auf dem Radweg anhalten, um die nötige Sicht auf die vorbeiführende Von-Kieffer-Straße zu erhalten.

Die Fraktion beurteilt die Verkehrssituation an dieser Stelle als mehr als unzufriedenstellend und möchten eine Änderung herbeiführen, bevor es zu Schadensfällen kommt. Ziel sollte sein, die Situation für alle Verkehrsteilnehmer besser zu gestalten, z.B. durch einen Rundpunkt, eine Ampelanlage, einen Fußgängerüberweg oder durch die Neuordnung des Verkehrsflusses über die weiteren auf dem Gelände zur Verfügung stehenden Ein- und Ausfahrten.

Wir beantragen als erstes einen Ortstermin, um sich ein Bild von beschriebener Stelle machen zu können. Mit dabei sollte ein Vertreter des Fachmarktzentrums sein, um die Interessen der Eigentümer und Mieter schildern zu können.

Über das Ergebnis soll in der kommenden OBR-Sitzung ein Beschluss gefasst werden.

Herr Ortsvorsteher Wißmann merkt an, dass viele Verkehrsteilnehmer nicht wissen, dass der Radweg in beide Richtungen auf einem Weg verläuft.

Es liegt eine Stellungnahme des Bereichs Straßenverkehr vor:

„Das Fachmarktzentrum Claudius hat in der Von-Kieffer-Straße zwei Ein- und Ausfahrten. Eine dritte Ein- und Ausfahrt befindet sich in der Wattstraße.

Die Ein- und Ausfahrt in der Wattstraße wurde bereits 2022 geprüft und es wurden folgende versichernde Maßnahmen getroffen:

- Beschilderung wurde ergänzt bzw. erneuert. Die Örtlichkeit ist mit Verkehrszeiten (VZ) 240 „gemeinsamer Geh- und Radweg“ sowie den Zusatzschildern Fahrtrichtung in beide Richtungen, sowie Mofa und Fahrrad frei beschildert. Zusätzlich wurden noch das Schild „Zufahrt zu den Stellplätzen frei“ aufgestellt.

- Zur Verdeutlichung das es sich um einen Radweg handelt, werden voraussichtlich in den nächsten drei Wochen Bodenmarkierungen und Piktogramme aufgebracht. Die Anordnung wurde von der Straßenverkehrsbehörde erstellt und wurde dem Ortsvorsteher in Abdruck gegeben.

Die beiden Ein- und Ausfahrten in der Von-Kieffer-Straße wurden bei einem Vor-Ort-Termin am 29.06.2023 geprüft. Hierbei wurde festgestellt, dass die vorhandenen Beschilderungen und Markierungen ergänzt bzw. erneuert werden müssen. Die entsprechenden Anordnungen werden von der Straßenverkehrsbehörde angeordnet.

Mit dem Betreiber des Fachmarktcenters Claudius steht die Verwaltung bereits in Kontakt. Hier wird unsererseits darum gebeten, die zugewachsenen Verkehrsschilder freizuschneiden.

Die Verkehrsüberwachung wird Möglichkeiten prüfen an der Örtlichkeit den fließenden Verkehr zu überwachen.

Wenn alle Maßnahmen umgesetzt sind, wird der Bereich Straßenverkehr die Effektivität dieser überprüfen und gegebenenfalls weitere Maßnahmen ergreifen.“

Die Ortsbeiratsmitglieder bestehen dringend auf einen Ortstermin, zu dem auch der Besitzer bzw. ein Vertreter des Claudius-Fachmarktes hinzukommt. Leider war die Verwaltung vor Ort und hat nicht Bescheid gesagt, sonst hätten einige Fragen besser geklärt werden können, z. B. die teils unbekannte Ein- und Ausfahrt über die Wattstraße.

zu 8 Antrag der Fraktionsgemeinschaft CDU und B'90/die Grünen im Ortsbeirat Bürgerservice in Rheingönheim

Herr Ortsvorsteher Wißmann stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Seit während der Corona-Pandemie die Online-Terminvereinbarung eingeführt worden ist, beklagen sich Bürgerinnen und Bürger immer wieder, dass die Zeiträume, in denen sie Termine erhalten, teils unzumutbar lang sind.

Wir gehen daher davon aus, dass die aktuelle Anzahl von Bürgerservice-Stellen in Ludwigshafen nicht ausreichend ist und beantragen zur Entlastung der Bürgerservice-Einrichtungen in den anderen Stadtteilen die Einrichtung eines Bürgerservice in Rheingönheim. Dadurch soll auch für Einwohnerinnen und Einwohner von Rheingönheim eine zeitnahe Terminzuweisung sichergestellt werden.

Leider ist hierzu keine Stellungnahme eingegangen.

Der Ortsvorsteher weist daraufhin, dass die Stadt Ludwigshafen immer mehr am Thema Bürgerfreundlichkeit vorbeigeht. Dies beginnt mit der Idee, den Müllsackverkauf in den Ortsvorsteherbüros einzusparen und zieht sich über die Einsparungen bei den Geburtstagen und Ehejubiläen.

Die Ortsvorsteherbüros müssen zusätzliche Aufgaben aus dem Bereich Bürgerservice oder der Führerscheinstelle bekommen. Zumindest eine Abholung von Ausweisen oder Führer-

scheinen müsste doch hier möglich sein. Das wäre ein Service für Bürgerinnen und Bürger, wenn sie nicht mehr in die Innenstadt fahren müssen, nur um ein Dokument abzuholen.

Ein Beispiel ist auch die Beglaubigung der Lebensbescheinigung. Diese wäre auch für die Ortsvorsteher/innen kein Problem. Im Jahr 2021 wurde angekündigt, dass in 2022 nach einem Termin für die Fortbildung der Ortsvorsteher/innen geschaut wird. Bis jetzt ist nichts passiert in dieser Richtung.

zu 9 Antrag der sozialliberalen Fraktion im Ortsbeirat Errichtung einer Photovoltaikanlage Gemarkung Rheingönheim

Herr Niedhammer (SPD) stellt die Anfrage kurz noch einmal vor, da er die genauen Hintergründe kennt.

Die sozialliberale Ortsbeiratsfraktion fragt bei der Verwaltung an, welche Haltung die Verwaltung vertritt, zum Bau von Photovoltaikanlagen auf z.Z. als Ackergelände genutzten Grundstücken.

Es gibt einen konkreten Fall auf Rheingönheimer Gemarkung. Die Grundstückseigentümer können sich solch eine Anlage vorstellen, dabei geht es um eine Anlage von mehr als 2 Hektar Ackerland.

Wir haben Kontakt zu den Grundstücksbesitzern und auch zum Investor. Auch das vorgesehene Gelände ist uns bekannt.

Wir als SPD sehen die Sache sehr positiv und erwarten von der Verwaltung eine ebenso positive Stellungnahme.

Herr Ortsvorsteher Wißmann erläutert, dass diese Anfrage schon einmal gestellt wurde und abgelehnt wurde. Er könnte sich vorstellen, dass die sogenannte Agrophotovoltaik eingesetzt werden könnte, d. h. die Photovoltaikanlage steht auf einem Ständer und die Fläche darunter könnte man noch landwirtschaftlich nutzen.

Herr Zell (CDU) schämt sich für die SPD, dass sie diese Anfrage stellt, nur um den Landwirten einen Gewinn zu verschaffen. Er spricht sich massiv aus gegen eine Nutzung von Ackerflächen für Photovoltaik aus. Diese Flächen sollen genutzt werden um uns zu ernähren und Lebensmittel anzubauen. Für Photovoltaik sollen die Bürger ihre Hausdächer nutzen.

Herr Dr. Schell (FDP) fände es gut, wenn Rheingönheim einen Anteil leistet zur Photovoltaik.

Es liegt eine Stellungnahme vom Bereich Bauaufsicht vor:

„Der Bereich Bauaufsicht kann nur über das geltende Baurecht Auskunft erteilen.

In der Anfrage wurden keine Details zum Standort der geplanten Photovoltaikanlage genannt. Wir gehen davon aus, dass die geplante Photovoltaikanlage außerhalb des im Zusammenhang bebauten Ortsteils (im Außenbereich) errichtet werden soll (Stichwort: Acker-

land). Bauvorhaben im Außenbereich sind nach § 35 BauGB zu beurteilen und bis auf wenige Ausnahmen baugenehmigungspflichtig.

Gemäß § 35 Abs. 8 BauGB sind im Außenbereich Anlagen möglich, die der Nutzung solarer Strahlungsenergie dienen, wenn die Anlage im baulichen Zusammenhang mit einer privilegierten Nutzung (z. B. einem landwirtschaftlichen Betrieb) steht oder die Fläche längs zur Autobahn oder Schienenverkehr der Bahn in einem Abstand von mindestens 200 m sich befindet.

Nach § 35 Abs. 9 BauGB ist die Nutzung besonderer Solaranlagen, unter folgenden Voraussetzungen möglich:

- a) Die Anlage befindet sich im räumlichen Zusammenhang mit einem land- bzw. forstwirtschaftlichen Betrieb oder gartenbaulichen Erzeugerbetrieb (privilegierte Betriebe)
- b) die Grundfläche der Solaranlage übersteigt nicht 25 000 Quadratmeter und
- c) je Betriebsstandort wird nur eine Anlage betrieben

Sollte kein genehmigter privilegierter Betrieb vorhanden sein, so wäre zunächst Planungsrecht zu schaffen.

Wie oben erwähnt, sind PV-Anlagen im Außenbereich baugenehmigungspflichtig, dabei müssen wir immer das Einvernehmen mit dem Bereich Umwelt und Klima herstellen.

Wir empfehlen dem Bauherrn zur Absicherung seines Vorhabens, eine Bauvoranfrage bei der Bauaufsicht einzureichen, in der die Lage desselben und o.g. Kriterien beschrieben werden.

Dazu können konkrete Fragen zum Baurecht gestellt werden.

Solaranlagen sind bauliche Anlagen im Sinne des § 29 BauGB, für die im Außenbereich kein Baurecht besteht.

Im Gegensatz zur Windenergie, besitzt Solarenergie keine Privilegierung nach § 35 BauGB im Außenbereich, so dass sich die Zulässigkeit eines Vorhabens auf einen Bebauungsplan im Sinne des § 30 BauGB stützt.

Über eine Bebauungsplanung wird das Baurecht für die Freiflächen-PV-Anlagen geschaffen, mögliche Nutzungskonflikte werden aufgedeckt und die unterschiedlichen Belange von Klima-, Umwelt- und Artenschutz untereinander abgewogen.

Aus diesem Grund kann keine pauschalisierte Aussage getroffen werden, für weitere Informationen verweisen wir an dieser Stelle auf den Leitfaden für Freilandanlagen, sowie auf das VW-Merkblatt 17-2018 „Bebauungsplanung für Freiflächen-Photovoltaik-Anlagen“.

zu 10 Anfrage der Fraktionsgemeinschaft CDU und B'90/die Grünen im Ortsbeirat

„zu 1. Die Genehmigung zum Planfeststellungsverfahren zur Erweiterung der Deponie Hoher Weg in Ludwigshafen liegt noch nicht vor.

Zu 2. Gemäß unserem Kenntnisstand befindet sich die SGD Süd noch in der Auswertung der vorliegenden Daten und in Vorbereitung der Genehmigung.

Zu 3. Dem Wirtschaftsbetrieb Ludwigshafen lagen noch keine Angaben zum geplanten Genehmigungsdatum der Deponieerweiterung vor.

Zu 4. Da wir nicht in die Vorgänge auf anderen Entsorgungsstellen involviert sind, bitten wir um Verständnis, dass uns keine Angaben über Mehrkosten im Sinne von längeren Transportwegen und höheren Annahmehkosten vorliegen.“

zu 12 Anfrage der Fraktionsgemeinschaft CDU und B´90/die Grünen im Ortsbeirat Unzureichende Reinhaltung der Entwässerungsgräben

Folgende Anfrage der Fraktionsgemeinschaft der CDU und Bündnis 90/die Grünen liegt vor:

Die Verwilderung des Brückweggrabens nimmt – insbesondere an den Durchführungen des Deiches – immer mehr zu.

Deshalb fragen wir bei der Stadtverwaltung Ludwigshafen an:

- Wann war die letzte Begehung der Entwässerungsgräben im Ort und deren Verlaufes zum Rhein?
- Wie oft werden Reinigungsarbeiten durchgeführt?
- Wie ist der Zustand der Entwässerungsgräben aus Sicht der Verwaltung zu bewerten?

Wir beantragen eine regelmäßiger Begehung und Pflege der für unseren Hochwasserschutz wichtigen Gräben.

Hierzu liegt eine Stellungnahme des Bereichs Umwelt vor:

„Das Grabensystem im Neubruch entwässert über den Brückweggraben direkt in den Rhein. Bei Rheinhochwasser muss zum Schutz der Bevölkerung die Schließe im Rheinhauptdeich geschlossen werden und Niederschläge während der geschlossenen Schließe im Grabensystem zwischengespeichert werden. Laut Auskunft des Gewässerzweckverbandes Isenach-Eckbach hat die letzte Begehung des Auslaufs zum Rhein am 28.06.2022 stattgefunden. Die letzten Unterhaltungsarbeiten wurden am 07.03.2023 durchgeführt. Der Turnus ist jeweils jährlich.

Der Bereich Stadtentwässerung und Straßenunterhalt betätigt die Schließe bedarfsweise u. a. an der Dohlwiese, kontrolliert die Funktionstüchtigkeit und wartet gegebenenfalls den Schieber. Dies ist zuletzt am 26.04.2023 geschehen.

Die baulichen Instandhaltungen der Grabenverrohrung sowie des Schiebers im Zuge der Hochwasserschutzlinie übernimmt der Bereich Tiefbau in Abstimmung mit der SGD Süd.

Soweit die Stellungnahme zum aktuellen Sachstand.“

**zu 13 Anfrage der sozialliberalen Fraktion im Ortsbeirat
Zustand Vegetation Radweg an der K7**

Die sozialliberale Fraktion hat folgenden Antrag gestellt:

Die Vegetation (Büsche/Bäume) auf Rad-/Fußweg parallel zu K7 ist durch die trockenen Sommer und durch Schädlingsbefall womöglich in Mitleidenschaft gezogen worden.

Zum einen sind die Bäume entlang des Weges betroffen, andererseits das Gebüsch hinter dem Straßenbahndepot. In beiden Bereichen finden sich zahlreiche trockene und abgestorbene Büsche bzw. Bäume mit toten Ästen.

Es sollte dringend geprüft werden, ob die Gefahr eines Astbruchs besteht bzw. ob durch abgestorbene Büsche eine Brandgefahr direkt am Betriebsgelände der RNV vorliegt.

Wir bitten um zeitnahe Überprüfung.

Es liegt eine Stellungnahme des Bereichs Grünflächen und Friedhöfe vor:

„Die Bäume werden regelmäßig auf ihre Verkehrssicherheit kontrolliert. Soweit sie stand sicher sind, bleiben sie stehen, auch mal als Totholz, denn das stellt ein sogenanntes Ökohabitat dar.

Der Bereich entlang des Radweges befindet sich in der Fremdvergabe und wird darüber gepflegt. Anteile von Totholz bleiben im Bestand, wie auch z. B. im Maudacher Bruch abseits der Wege. Totholz – auch auf dem Boden – stellt eine Grundlage für die Vielfalt im Biotop dar, die wir bestrebt sind, zu erhalten. Wir „räumen“ nicht auf.

Witterungsbedingt kann Brandgefahr in Grünflächen nicht ausgeschlossen werden.“

Herr Engeroff (SPD) merkt an, dass diese Stellungnahme nicht zufriedenstellend ist. Die Bäume sind modrig nach zwei bis drei trockenen Sommern und das Gestrüpp in rnv-Nähe bietet eine Hohe Gefahr, falls es zu einem Brand kommen würden. Es sollte zumindest 2 Meter Platz geschaffen werden zwischen dem Zaun und den Gleisanlagen.

**zu 14 Anfrage der Fraktionsgemeinschaft CDU und B´90/die Grünen
Denkmalschutzbegehung des Ortes**

Herr Ortsvorsteher Wißmann stellt die Anfrage vor:

Nachdem die Ausweisung eines Sanierungsgebietes in Rheingönheim konkretere Züge bekommt, beantragen wir eine Ortsbegehung durch die bei der Stadt angesiedelte untere Denkmalschutzbehörde.

Ziel dieser Begehung soll die Sicherstellung eines vollständigen und aktualisierten Verzeichnisses denkmalgeschützter Gebäude und Objekte sein, bevor das Sanierungsgebiet ausgewiesen wird.

Wir bitten zu dieser Begehung rechtzeitig informiert zu werden diese zu arbeitnehmervertraglichen Zeiten im späteren Nachmittag oder samstags anzusetzen, um ehrenamtlichen Ortsbeiratsmitgliedern die Teilnahme zu ermöglichen.

Hierzu liegt eine Stellungnahme des Bereichs Stadtplanung vor:

In unserer Stellungnahme zur letzten Ortsbeiratssitzung im Mai dieses Jahres haben wir Ihnen die nach Denkmalschutzgesetz Rheinland-Pfalz geschützten Kulturdenkmäler benannt. Der genannten Zielstellung eines aktuellen Verzeichnisses ist damit genüge getan.

Nach Rücksprache mit dem Bereich 4-162, Stadterneuerung können grundsätzlich, zusätzlich zu den bereits unter Denkmalschutz stehenden Gebäuden weitere Objekte im Sanierungsrahmenplan als „baukulturell erhaltenswert“ oder als „stadtgestalterisch wertvoll“ gekennzeichnet werden.

Es handelt sich dabei zwar nicht um Denkmalschutz, aber es besteht während der Laufzeit des Sanierungsgebietes eine gewisse Sicherheit, dass nichts ohne Zustimmung des Bereichs Stadterneuerung verändert werden darf (Genehmigungserfordernis nach Sanierungsrecht).

Wenn dies gewünscht ist, möchte der Ortsbeirat eine Liste der entsprechenden Objekte dem Bereich 4-162 Stadterneuerung zur Verfügung stellen. Im nächsten Jahr kann dann darauf basierend im Rahmen der vorbereitenden Untersuchungen (VU) auch eine Begehung zusammen mit dem Ortsbeirat durchgeführt werden.“

Die Ortsbeiratsmitglieder werden sich absprechen und in Frage kommende Gebäude vorschlagen.

zu 15 Antrag der Fraktionsgemeinschaft von CDU und Bündnis 90 / die Grünen im Ortsbeirat zur Schaffung einer nachhaltigen und energieeffizienten Kleingartenanlage

Herr Ortsvorsteher Wißmann stellt den Tagesordnungspunkt vor:

In Anbetracht der wachsenden Bevölkerung und des steigenden Bedarfs an ökologisch nachhaltigen Freizeitmöglichkeiten in unserer Gemeinde sehen wir die Notwendigkeit, neue Wege zu gehen. Die Errichtung einer Kleingartenanlage bietet hier nicht nur die Möglichkeit zur Freizeitgestaltung und Selbstversorgung, sondern auch die Chance, den ökologischen Fußabdruck unserer Gemeinschaft zu verringern.

Unser Plan sieht vor, in diese Kleingartenanlage Photovoltaik-Anlagen zu integrieren, um eine weitestgehende Unabhängigkeit von externen Energiequellen zu gewährleisten. Die so gewonnene erneuerbare Energie könnte genutzt werden, um beispielsweise Bewässerungssysteme mit elektrischen Brunnenpumpen zu betreiben, was die Wassereffizienz verbessern und den Energieverbrauch minimieren würde.

Darüber hinaus würde die geplante Kleingartenanlage einen wertvollen Beitrag zur lokalen Biodiversität leisten und die grüne Infrastruktur unserer Stadt stärken. Sie würde den Bürgern von Rheingönheim die Möglichkeit bieten, ökologische Bildung hautnah zu erleben und das Bewusstsein für den Wert der Natur und den Schutz unseres Klimas zu erhöhen.

Wir bitten Sie daher, die Errichtung einer solchen innovativen und nachhaltigen Kleingartenanlage in Betracht zu ziehen und die notwendigen Schritte zur Umsetzung dieses Projektes einzuleiten. Wir sind bereit, Sie bei diesem Vorhaben zu unterstützen und hoffen auf eine positive Antwort Ihrerseits.

Vielen Dank für Ihre Zeit und Berücksichtigung dieses dringenden Anliegens.

Es liegt eine Stellungnahme des Bereichs Umwelt vor:

„Die Errichtung einer neuen Kleingartenanlage in Rheingönheim setzt eine dafür geeignete und planungsrechtlich gesicherte Fläche, Eigentum sowie ausreichend finanzielle Mittel voraus.

Im derzeitigen Flächennutzungsplan ist eine solche Fläche in Richtung Limburgerhof dargestellt.

Zudem muss der Bedarf vor Ort und auch im Vergleich zum Bedarf anderer Ortsteile im Sinne einer fairen gesamtstädtischen Versorgung näher geprüft werden. Dies erfolgt derzeit im Rahmen der Fortschreibung des Landschaftsplanes zur Flächennutzungsplanung.

Dies ist nicht innerhalb einer so kurzen Frist möglich. Wir werden Ihren Vorschlag mit der gebotenen Sorgfalt prüfen und den Ortsbeirat bei seiner **nächsten** Sitzung entsprechend informieren.“

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schloss der/die Vorsitzende um 20:40 Uhr die öffentliche Sitzung.

Für die Richtigkeit:

Datum: 02.08.2023

Martina Majorosi
Schriftführer/in

Wilhelm Wißmann
Vorsitzende/r